



Landesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement

Für die Fortführung der Bauarbeiten: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung als erster Schritt einer Engagementpolitik

Dr. Thomas Rübke, Claudia Leitzmann: Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern

Der Berg kreite und gebar eine Maus. Angesichts der hochtrabenden Pläne der Bundesregierung, eine umfassende nationale Engagementstrategie zu entwerfen, die Zivilgesellschaft und förderale Mitspieler konstruktiv einbezieht, ist das, was nun als Kabinettsbeschluss vorliegt, sicher kein großer Wurf. War mehr zu erwarten? Ja und nein: Nein, weil eine Bestandsaufnahme, die erst einmal einen Überblick über das verschafft, was auf Bundesebene in den verschiedenen Ministerien gerade abgeschlossen wurde oder durchgeführt wird (Planungen für die Zukunft werden ja kaum erwähnt), eine notwendige Grundlage für Politikgestaltung ist. Nein, weil man sich als Vertreter der Zivilgesellschaft, die aktiv am Nationalen Forum für Engagement und Partizipation mitgearbeitet haben, schon fragen muss, wo die vielen Vorschläge geblieben sind, die das Forum diskutiert und verdichtet hat. Das BBE hat verdienstvoll aufgelistet, wo Anregungen des Forums in die nationale Engagementstrategie Eingang gefunden haben. Aber: Sind das nicht zufällige Gemeinsamkeiten, die eben so auf der Strecke lagen? Von einer Auseinandersetzung mit der Zivilgesellschaft hätte man sich doch erwarten können, dass die Themen und Empfehlungen des Forums, die nicht in die Engagementstrategie Eingang gefunden haben, zumindest einer Erwiderung Wert gewesen wären. Erst der qualifizierte Blick darauf, warum ein Vorschlag bejaht, ein anderer aber zurückgewiesen wird, hätte einen echten Diskurs zwischen Staat und Zivilgesellschaft begründen können.

Man sollte freilich an den positiven Akzenten der Nationalen Engagementstrategie ansetzen. Wie sollten diese in den kommenden Jahren profiliert werden? Drei Entwicklungslinien sind für uns entscheidend. Erstens: Die Entwicklung einer Haltung oder Kohärenz der Engagementpolitik. Zweitens: Die stärkere Berücksichtigung von Prozessen gegenüber Maßnahmen und Programmen der Engagementpolitik. Drittens, die Ausgestaltung nachhaltiger politischer Arenen, in denen Engagementpolitik diskutiert und formuliert wird. Denn klar ist: Das ist ein Anfang. Es muss weitergehen.

Haltungen der Engagementpolitik: Schon innerhalb der Bundesregierung ist eine bessere Abstimmung anzumahnen. Es kann nicht sein, dass die Engagementstrategie einerseits betont, wie wichtig Bürgerschaftliches Engagement für Arbeitslose sein könne, die den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen wollen, und andererseits eine gleichzeitige Novellierung des SGB II die Aufwandsentschädigungen der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale demnächst als Einkommen wertet, mit der Folge, dass ALG II-Bezieher in Zukunft auch diesen kleinen finanziellen Anreiz verlieren werden. Es kann auch nicht sein, dass eine Integrationsbeauftragte mit dem Programm „zusammen wachsen“ (S. 13) in den letzten Jahren Infrastrukturen für Bildungspatenschaften

aufgebaut hat, die in dem jetzt anlaufenden Projekt „Bildungsketten“ des BMBF, wo es wiederum um den Aufbau ehrenamtlicher Patenschaften zur Bildungsunterstützung geht, überhaupt nicht aufgegriffen werden. Im Gegenteil: Man setzt wieder auf neue Infrastrukturen und Partner (S. 23). So legt sich Schicht auf Schicht an neuen Projektansätzen, die nach einigen Jahren als Ruinen für wiederum neue Modellprogramme den Boden bereiten. Das ist nicht nachhaltig.

Engagementpolitik ist bislang politisch schwach. Sie wird eher gebeutelt. Sie müsste freilich aktiv gestalten. Wenn man sich überlegt, wohin finanziell die größte Summe für das Bürgerschaftliche Engagement aus dem Bundeshaushalt fließen wird, dann sicher in den Bereich der Freiwilligendienste. 35.000 Plätze werden im neuen Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Bei über zwanzig Millionen freiwillig Engagierten ist das eine marginale Größe. Was da in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft wurde, war die Aufarbeitung eines Kollateralschadens, der durch die ausgesetzte Wehrpflicht entstanden ist.

Damit Engagementpolitik in Zukunft mehr ist als die Aufarbeitung von Kollateralschäden, brauchen wir eine Art Mainstreaming – eine Prüfung der das Bürgerschaftlichen Engagement vital betreffenden politischen Maßnahmen auf ihre Engagementverträglichkeit. Dazu bedarf es eines inneren Kompasses, einer Idee vom Wesen und Kernanliegen des Bürgerschaftlichen Engagements. Wir haben den Eindruck, dass die Bundesregierung implizit weniger vom Eigensinn, der Freiheit, auch der politischen Einmischung des Bürgerschaftlichen Engagements ausgeht, für die Politik Bühnen, Plattformen und Ermöglichungsstrukturen bereiten muss, ohne es freilich zu gängeln. Statt dessen wird vor allem das Format des Dienstes und der Verpflichtung favorisiert. Zu dieser Grundsatzfrage der Haltung von Engagementpolitik muss eine grundsätzliche politische Debatte geführt werden.

Prozesse der Engagementpolitik:

In den letzten Jahrzehnten wurden viele Modellprojekte auf den Weg gebracht. Sie haben zum Teil auch nachhaltige Infrastrukturen ermöglicht. Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen, daran muss erinnert werden, sind Früchte früherer Bundesförderungen. Heute haben wir es freilich mit einer Vielfalt von Engagementmöglichkeiten und -infrastrukturen zu tun, die „von oben“ gar nicht mehr zu handhaben ist. Bevor wir nun endlos so weiter machen, sollte man innehalten und das Augenmerk statt auf fertige Produkte erst einmal auf die Prozesse der Politikformulierung legen. U. E. muss die kommunale Tradition der Ausgangspunkt aller engagementpolitischen Überlegungen sein. Bürgerengagement wächst von unten, also da, wo Menschen leben und arbeiten. So verschieden unsere Städte und Gemeinden sind, so vielgestaltig ist auch die vorhandene Engagementlandschaft. Was an einer Stelle ein Bürgerhaus oder eine Freiwilligenagentur macht, übernimmt woanders ein soziokulturelles Zentrum oder ein Mehrgenerationenhaus. Mit anderen Worten: Wir müssen mehr Mittel und Zeit in die Frage investieren, wie Politik formuliert und ausgehandelt wird, statt immer nur in fertigen Produkten und Einrichtungen zu denken. Governance statt Government. Ziel muss es letztlich sein, dass jede Kommune aus ihrer Tradition und aktuellen Situation und mit den jeweiligen geeigneten Partnern vor Ort eine passende Engagementpolitik entwirft, deren Weiterentwicklung dann aus Mitteln des Bundes gefördert werden kann. Das wäre echte Subsidiarität. Die Botschaft ist in der Engagementstrategie schon herauszulesen. Ob Sie aber auch in den Köpfen und Herzen der Bundespolitik angekommen ist, bleibt abzuwarten. Das Vernünftige ist medial oft nicht so gut zu verkaufen wie der schnelle Griff in den Geldbeutel, um ein neues, bisher unbekanntes Modellprojekt in die Welt zu setzen. Politiker sind auch getrieben. sie müssen um Aufmerksamkeit werben. Das Schlimmste aber wäre, wenn man glaubte, eine umfassende Nationale Engagementpolitik könne

wirklich aus einem Guss, gleichsam von oben herab, geschrieben werden. Es kann nur um Leitplanken gehen und eine Haltung der Ermöglichung. Bitte keine Maßnahmenpolitik

Arenen der Engagementpolitik: Engagementpolitik ist ein besonderes Politikfeld. Sie betrifft die Zivilgesellschaft in ihrem Kern. Deswegen muss die Zivilgesellschaft auch an der Formulierung von Engagementpolitik mitwirken können. Wie kann das funktionieren? Es gibt dazu in der Bundesrepublik bestimmte Formate, die u. E. nicht tauglich sind: Format eins: Das Beauftragtenwesen. Dies kann nur dann wirklich sinnvoll sein, wenn die Bundesregierung einen Beauftragten benennt, der sich darum kümmert, für eine Kohärenz der Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung zu sorgen (siehe oben). Also jemand, der zwischen den Ministerien die Fäden ein wenig in der Hand hält. Keinesfalls sollte ein Beauftragter anwaltschaftlich für die Zivilgesellschaft agieren, dazu ist sie nicht nur zu vielgestaltig, sondern auch selbst artikulationsfähig. Format zwei: Korporatismus: Wir können nicht mehr, wie noch in der Adenauer-Ära, so tun, als ob man die Zivilgesellschaft dann am Tisch habe, wenn darum die beiden großen Kirchen, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege versammelt sind. Auch dieses Modell trägt nicht mehr, weil Zivilgesellschaft heute aus mehr Akteuren als diesen großen und weiterhin natürlich sehr gewichtigen Mitspielern besteht.

Also kann es logisch nur die Möglichkeit des Forums und Netzwerks geben. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat diese Rolle u.E. in den letzten Jahren vorbildlich wahrgenommen. Es ist ihm gelungen, nahezu alle wichtigen Akteure der Zivilgesellschaft - von landesweiten Arbeitsgemeinschaften, den Wohlfahrtsverbänden über Städte, Gemeinden, die Kirchen, bis hin zu lokalen Vereinen und Initiativen - zusammenzubringen und damit den unterschiedlichsten Experten aus dem ganzen Bundesgebiet nicht nur einen Austausch zu ermöglichen, sondern in themenbezogenen Arbeitsgruppen intensiv und durchaus kontrovers die unterschiedlichen Handlungsfelder für das Engagement zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Auch wir haben uns an diesen Arbeitsgruppen beteiligt und von der Zusammenarbeit mit dem BBE in den vergangenen Jahren immer wieder profitiert. Das BBE erschien uns als der einzig richtige Partner, die verschiedenen Felder für eine Engagementstrategie aufzuarbeiten, obwohl der gebotenen Zeitrahmen von vornherein eine extreme Herausforderung darstellte. Es ist dem BBE gelungen, seine Mitglieder für dieses Vorhaben zu mobilisieren: Fachleute aus der ganzen Bundesrepublik haben ihr Wissen und ihre Zeit dafür eingesetzt.

Für eine zukünftige weitere Ausgestaltung der Zivilgesellschaft wird es entscheidend sein, dass wir stabile Plattformen besitzen. Deshalb kann ein Bundesnetzwerk auch nicht durch irgendwelche Institute oder Dienstleister ersetzt werden.